

An die Medien der Region Basel

Medienmitteilung vom 8.4.2013

28 Gemeinden reichen Initiative zur einheitlichen Umsetzung der BLPK-Reform ein

Am Montag haben 28 Gemeinden die formulierte Gemeindeinitiative für die „Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK)“ offiziell eingereicht. Mit der Initiative fordern die Gemeinden, dass der Kanton die Kosten für alle Arbeitgeber der BLPK tragen und einheitlich finanzieren soll. Damit lässt sich der Umsetzungsaufwand der Reform deutlich reduzieren und die Kosten fallen niedriger aus.

Die Initianten der Gemeindeinitiative zur einheitlichen Umsetzung der BLPK-Reform sind mit ihrem Vorhaben auf grosse Unterstützung gestossen. In vielen Gemeinden erfolgte die Zustimmung mit grossem Mehr oder sogar einstimmig. Nur in zwei Gemeinden, in Schönenbuch und Bottmingen, wurde die Initiative abgelehnt. Auch nach dem Einreichen werden in über einem Dutzend Gemeinden weitere Beschlüsse zur Initiative gefasst.

Regierungsvorlage führt zu einer massiven Vervielfältigung der ohnehin schon komplexen Situation

Anlässlich der Übergabe der Initiative an die Landeskantlei betonten die Gemeindepräsidenten von Binningen, Reinach und Liestal, dass der von der Regierung vorgeschlagene Sanierungsweg für viele Gemeinden nicht die richtige Lösung sei. Denn der Vorschlag des Regierungsrats gehe davon aus, dass der Kanton und sämtliche der BLPK angeschlossenen Arbeitgeber eine individuelle Lösung beschliessen müssten. Dies führe zu einer massiven Vervielfältigung der ohnehin schon komplexen Situation. Der vom Regierungsrat präsentierte Weg habe zur Folge, dass neben einer kantonalen auch 86 kommunale Abstimmungen über Finanzierungswege, Vorsorgepläne, Investitionskürzungen und Steuererhöhungen nötig sind. Die Gemeinden sind deshalb der Auffassung, dass der Kanton hier seine koordinierende, vereinheitlichende und kostensparende Funktion unbedingt wahrnehmen muss. Die gemäss den Initianten notwendigen und sinnvollen Sanierungsmassnahmen für die BLPK führen insgesamt zu rund 5 Mrd. Franken Kosten für den Kanton und die Gemeinden, was Steuererhöhungen zur Folge haben wird.

Vorgenommene Anpassungen an der Regierungsvorlage lassen noch viele Fragen offen

In der Zwischenzeit wurden in der Kommissionsarbeit des Landrats einige Anpassungen an der regierungsrätlichen Reformvorlage vorgenommen. So will die Finanzkommission die Mittelbeschaffung für die Sanierung mittels Pooling anders regeln. Die Initianten begrüssen diese Anpassung als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Auf die zentralen Anliegen der Initianten wurde aber nicht eingegangen. Dazu gehören die einheitliche Finanzierung durch den Kanton, die noch offene Frage für assoziierte Unternehmen, eine Lösung, um den zusätzlichen Verwaltungsaufwand bei 86 Gemeinden zu vermeiden sowie der

Punkt, dass mit einer gemeindespezifischen Sanierung der BLPK ein ruinöser Wettbewerb zwischen den Gemeinden gefördert wird.

Die Initianten halten deshalb an ihrer Strategie fest und fordern, dass die Gemeindeinitiative als Gesamtpaket zusammen mit der Vorlage des Regierungsrats im Landrat beraten wird. Aufgrund der zahlreichen bestehenden Unsicherheiten, des grossen Aufwands für die Gemeinden und der finanziellen Belastung erachten die Initianten eine baldige Beratung im Landrat als sinnvoll.

Einheitliche Lösung spart Aufwand und Kosten

In der Basellandschaftlichen Pensionskasse sind Mitarbeitende von Kanton und Gemeinden sowie von assoziierten Betrieben wie etwa die Spitex-Organisationen oder die Musikschulen versichert. Die eingereichte Initiative verlangt eine einfache und einheitliche Lösung, die für alle Steuerzahlenden des Kantons Basel-Landschaft nachvollziehbar ist. Gemäss Initiative soll der Kanton die Sanierung der BLPK vollständig finanzieren, und zwar auf den Zeitpunkt der Umsetzung des Bundesgesetzes hin. Konkret heisst dies, dass der Kanton die gesamten Reformkosten aller bei der BLPK angeschlossenen Arbeitgeber trägt, deren Leistungen mit Steuergeldern finanziert werden. Bedingung, dass ein Mitglied von der Ausfinanzierung durch den Kanton profitiert, ist, dass das Mitglied bei der BLPK bleibt.

Regierungsvorlage verschärft Standortwettbewerb

Die Gesamtkosten für die Reform tragen bei beiden Varianten schliesslich die Steuerzahlenden: bei der Variante Regierungsrat via Staats- und Gemeindesteuern, bei der Variante der Initianten via Staatssteuern. Der Vorteil des Vorgehens gemäss Gemeindeinitiative liegt darin, dass die Reform transparenter, einfacher und günstiger umgesetzt werden kann. Die Vorlage des Regierungsrats ist ein grosser Nachteil für diejenigen Gemeinden, die heute schon unter nachteiligen Rahmenbedingungen leiden und bereits hohe Steuersätze haben. Diese Gemeinden bringt die Vorlage des Regierungsrats an den Rand des Ruins.

Mit der Gemeindeinitiative wird für die Versicherten zudem kantonsweit eine einheitliche Versicherungslösung geschaffen. Der Vorschlag des Regierungsrats dürfte die Auswirkung haben, dass das Personal von reicheren Gemeinden gegenüber dem Personal von finanzschwächeren Gemeinden besser gestellt wird. Diese Verschärfung des Standortwettbewerbs wollen die Initianten verhindern.

Für weitere Informationen:

Mike Keller
Gemeindepräsident
Binningen

Urs Hintermann
Gemeindepräsident
Reinach

Lukas Ott
Stadtpräsident
Liestal

Beilagen:

- Übersicht der Gemeindebeschlüsse bzgl. der Initiative
- Initiativtext

Gemeinden, die die Initiative beschlossen haben

(Stand: 8.4.2013)

Gemeinde	Beschluss Einwohnerrat oder Gemeindeversammlung
1. Thürnen	27.02.2013
2. Binningen	04.03.2013
3. Ramlinsburg	05.03.2013
4. Bubendorf	11.03.2013
5. Ormalingen	11.03.2013
6. Reinach	11.03.2013
7. Biel-Benken	12.03.2013
8. Ettingen	12.03.2013
9. Lausen	13.03.2013
10. Laufen	14.03.2013
11. Blauen	18.03.2013
12. Diepflingen	18.03.2013
13. Itingen	18.03.2013
14. Känerkinden	18.03.2013
15. Pratteln	18.03.2013
16. Reigoldswil	18.03.2013
17. Seltisberg	18.03.2013
18. Ziefen	18.03.2013
19. Allschwil	20.03.2013
20. Giebenach	20.03.2013
21. Liestal	20.03.2013
22. Lupsingen	20.03.2013
23. Läuelfingen	21.03.2013
24. Lauwil	21.03.2013
25. Münchenstein	21.03.2013
26. Therwil	21.03.2013
27. Zunzgen	21.03.2013
28. Tenniken	26.03.2013

Gemeinden, die die Initiative abgelehnt haben

(Stand: 8.4.2013)

Gemeinde	Beschluss Einwohnerrat oder Gemeindeversammlung
1. Schönenbuch	18.03.2013
2. Bottmingen	19.03.2013

Ausstehende Gemeindebeschlüsse

(Stand: 8.4.2013)

Gemeinde	Sitzung Einwohnerrat oder Gemeindeversammlung
1. Sissach	09.04.2013
2. Rothenfluh	09.04.2013
3. Oberdorf	15.04.2013
4. Röschenz	25.04.2013
5. Liesberg	02.05.2013
6. Roggenburg	23.05.2013
7. Tecknau	28.05.2013
8. Rünenberg	06.06.2013
9. Zeglingen	07.06.2013
10. Arboldswil	10.06.2013
11. Duggingen	12.06.2013
12. Wahlen	17.06.2013
13. Nenzlingen	18.06.2013
14. Brislach	19.06.2013